



„Bleiben oder fliehen? Christenrechte oder Menschenrechte?

Die Lage der christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten“

Zwischen Karfreitag und Ostern liegt der Karsamstag. In Jerusalem, insbesondere um die Grabes- oder Auferstehungskirche („Al-Qayyamah“) herum ist das ein Tag mit einer ganz eigenen, dichten und aufgeladenen Atmosphäre. Kurz nach Mittag wird dort, im Heiligen Grab, wieder das Feuer entzünden. Zehntausende von Pilgern aus der ganzen Welt werden dann die Gassen der Altstadt bevölkern, dicht gedrängt vor allem an der letzten Sperre der israelischen Polizei vor der evangelischen Erlöserkirche. Auch einige Zehntausend palästinensischer Christinnen und Christen aus dem Westjordanland haben Passierscheine beantragt, die laut israelischen Angaben zur Karwoche und zu Ostern für Christen bevorzugt ausgestellt werden. In diesem Jahr sieht es für sie womöglich gar nicht so schlecht aus, denn in diesem Jahr überschneiden sich das orthodoxe Ostern und das jüdische Pessachfest nicht. So mancher Christ aus Bethlehem oder Ramallah hat nämlich in den vergangenen Jahren die Erfahrung gemacht, dass die bevorzugte Ausstellung von Passierscheinen auch nicht viel nützt, wenn wegen des Pessachfestes Palästinenser nur in sehr beschränktem Rahmen die Checkpoints passieren dürfen.

Wie auch immer sich in diesem Jahr der Karsamstag konkret gestaltet: Wenn in der Woche danach die gegenseitigen Osterbesuche der Jerusalemer Kirchenoberhäupter stattfinden, dann wird – wie in all den Jahren zuvor – die Klage zu vernehmen sein, wie viele Christen aus der Westbank keine Passierscheine erhalten haben, und dass dies eine erhebliche Einschränkung der Religionsfreiheit darstelle. Gleichzeitig wird das israelische Innenministerium bekanntgeben, dass praktisch alle Antragsteller auch Passierscheine erhalten haben und dass heute, unter israelischer Kontrolle, ein solches Maß an Religionsfreiheit und ein solch freier Zugang zu den Heiligen Stätten aller drei Religionen gegeben sei wie noch nie zuvor in der Geschichte Jerusalems.

Wie in allen Jahren zuvor wird auch die Auswanderung palästinensischer Christen ein Thema sein, und während die einen die israelische Besatzung dafür verantwortlich machen, haben die anderen gewiss schon die neuesten Fallbeispiele muslimischer Übergriffe gegen Christen zur Hand. Nur: Ändern wird sich mal wieder gar nichts. Die Situation in Israel und Palästina verharrt in ihrer andauernden Stagnation. Und es macht wenig Hoffnung, dass zunehmend Stimmen aus Israel diese Stagnation als Bestätigung der bisherigen Politik interpretieren. Man sei ja ein Hort der Ruhe im zunehmend

chaotischen Nahen Osten, darum könne die bisherige Politik ja gar nicht so schlecht gewesen sein.

Natürlich lohnt es sich, gerade angesichts einer solchen Haltung beim Blick in Israels Nachbarländer ein paar Differenzierungen einzufordern:

Im Libanon nehme ich eine erhebliche Verunsicherung der Christen wahr. Jeder weiß, dass der konfessionelle Proporz, auf dessen Basis der Libanon und sein politisches System einmal gegründet wurden, lange dahin ist – doch keiner mag so ganz genau nachzählen, ob die Christen, die einst mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellten, nun noch ein gutes Drittel oder vielleicht auch nur noch ein knappes Viertel ausmachen. Man schaut mit großer Unruhe nach Syrien und fragt sich, ob der Krieg von dort überschwappen und möglicherweise wieder einen Funken an die explosive konfessionelle Gemeingefange im Libanon legen wird.

Zugleich ist man tief gespalten: Während sich die einen auf die christliche als die angeblich ursprüngliche libanesische Identität zurückziehen, suchen die anderen nach neuen, unkonventionellen Allianzen. Während die einen in den nach 2006 mit großem finanziellen Einsatz von außen neu erbauten schiitischen Dörfern im Südlibanon eine kaum zu fassende Bedrohung wahrnehmen, verorten die anderen die wirkliche Bedrohung eher in der eigenen politischen Elite in Beirut. Während die einen den Aufstand gegen das Regime Assad im Nachbarland einen vom Westen unterstützten terroristischen Komplott zur Destabilisierung der Region erleben, der für sie selbst eine erhebliche Existenzgefährdung darstelle, hoffen die anderen auf demokratische Aufbrüche in der Zukunft. Man ist ja kreuz und quer über die Grenze hinweg verwandt und insofern vom Geschehen in Syrien unmittelbar betroffen. Jeder Strohhalm, der zur Stabilisierung dienen könnte, wird da verzweifelt ergriffen, während andererseits neue Regelungen der Regierung, etwa im Blick auf die christlichen Privatschulen, sorgenvoll darauf hin geprüft werden, ob da womöglich den Christen ganz gezielt das Leben schwerer gemacht werden soll.

Das Flüchtlingsdrama aus Syrien betrifft den Libanon und auch Jordanien gleichermaßen, wobei die jordanische Regierung jedoch darauf bedacht ist, den Großteil der Flüchtlinge gar nicht über die großen Lager an der Grenze hinaus ins Land gelangen zu lassen. Auf den ersten Blick wirkt Jordanien wesentlich stabiler als viele Nachbarländer. Überall bauen



die Christen neue Kirchen, um zu zeigen: „Wir sind noch da“ – nicht allein an der Jordan-Taufstelle, wo der König für jede Konfession ein Stück Land zur Verfügung gestellt hat und wo man sich zuweilen an das staatlich eingerichtete, multikonfessionelle Kirchenareal von Dubai erinnert fühlen mag, auf dem die Kirchengebäude wie die Reihenhäuser nebeneinander stehen.

Doch unter der Oberfläche brodelt es auch in Jordanien. Die drei bis fünf Prozent Christen wissen sich vom Königshaus geschützt – und gleichzeitig fragt man sich, ob die zaghaften politischen Reformen, die vom König in den vergangenen Jahren vorgenommen wurden, wirklich ausreichend sind, um die Lage dauerhaft zu stabilisieren. Viele zeichnen einen eher düsteren Ausblick in die Zukunft.

Alle diese Beispiele mögen zeigen, dass das Modell eines besonderen Schutzes für Christen oder der Definition besonderer „Christenrechte“ im Nahen Osten an seine Grenzen gelangt ist. Weder besondere Passierscheine für Christen noch einer „Artenschutz für Christen“ als besonderer religiöser oder ethnischer Gemeinschaft in Gegenzug für politisches Wohlverhalten einer Regierung gegenüber können die christliche Existenz im Nahen Osten langfristig sichern. Letztlich geht es nicht um Christenrechte, sondern um Menschenrechte, die universal sind. Wo Menschenrechte erfolgreich eingefordert werden, da geht es auch den Christen gut.

Damit stellt sich aber auch an die Kirchenleitungen im Nahen Osten die Frage: Was tut ihr dafür, um das Entstehen eines politisch wachen Bürgertums auch aus euren Reihen zu befördern, welches dazu bereit ist, für die Universalität der Menschenrechte – und nicht nur für die Rechte der jeweils eigenen Gemeinschaft – einzutreten?

In Jerusalem wurde im Jahr 2007 durch eine Initiative des aschkenasischen und des sefardischen Oberrabbinats der „Rat der Religionsoberhäupter in Israel“ gegründet. Eine der ersten Maßnahmen dieses Gremiums war die Selbstverpflichtung, für den Schutz der Heiligen Stätten der jeweils anderen einzutreten. Wann auch immer es seitdem Übergriffe gegen Kirchen oder Moscheen gegeben hat, haben gemischtreliigiöse Gruppen aus Juden, Christen und Muslimen die betroffenen Menschen besucht und sind gemeinsam für die Behebung des entstandenen Schadens eingetreten. Meines Erachtens ist dies ein Weg, um den Druck zu verringern, der im Nahen Osten auf zu vielen Menschen lastet.

Uwe Gräbe

Diesen leicht gekürzten Vortrag hielt Pfarrer Dr. Uwe Gräbe während einer Veranstaltung des DEKT 2013 in Hamburg in der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in der St. Dimet Gemeinde. Dr. Uwe Gräbe war ab Mai 2006 Propst in Jerusalem die deutschsprachige evangelische Kirche. Seit 2012 ist er Geschäftsführer des „Evangelischen Vereins für die Schneller-Schulen“, einer Einrichtung unter dem Dach der „Evangelischen Mission in Solidarität“.